

33. Anwendung des Art. 14 des Munzgesetzes vom 9. Juli 1873 auf Zahlungen, welche ein Ausländer in Deutschland in deutscher Silberwahrung zu leisten vor Einführung der Reichsgoldwahrung versprochen hat.

I. Civilsenat. Urth. v. 1. März 1882 i. S. Kaiser Ferdinand Nordbahn (Wekl.) w. B. (Kl.) Rep. I. 676/81.

- I. Landgericht I Berlin.
- II. Kammergericht daselbst.

Aus den Gründen:

... „Die Gesichtspunkte, aus welchen in den Vorentscheidungen des R.D.S.G.'s — Entsch. Bd. 23 Nr. 72 S. 203 flg. und Bd. 25 Nr. 11 S. 41 flg. — sowie des Reichsgerichtes — Entsch. in Civils. Bd. 1 Nr. 12 S. 23 — die Verurteilung der österreichischen Emittentinnen zur Zahlung in Gold entsprechend der Umrechnungsnorm des deutschen Munzgesetzes vom 9. Juli 1873 für gerechtfertigt erachtet ist, erscheinen auch durch diejenigen Ausfuhnungen, welche die Revisionsklägerin neuerdings geltend gemacht, bezw. sich angeeignet hat,¹ nicht mit Erfolg bekämpft.

Zunächst ist mit den Instanzrichtern in Auslegung der Schuldverschreibungen und Coupontexte der hier in Betracht kommenden Emissionen davon auszugehen, daß die Beklagte die Angabe des Betrages der zu zahlenden Zinssummen in Vereinsthalern durchaus nicht bloß zur Vergleichung und Information darüber, daß nach Gehalt und damaligem Umlaufswerte die betreffende Anzahl österreichischer Silbergulden der betreffenden Zahl Vereinsthaler gleich seien oder gleich erachtet würden, sondern in dem erkennbaren Willen gemacht hat, nach Wahl des Couponinhabers festbestimmte Summen der Währung des Thalerwahrungsgebietes, und zwar nicht in Österreich mit nur zusätzlicher uberfendungspflicht auf ihre Gefahr und Kosten an den Gläubiger nach dem Hauptplatze des Thalerwahrungsgebietes, sondern an diesem Hauptplatze mittels dort errichteter Zahlstellen zu zahlen. Durch Einführung des Munzgesetzes vom 9. Juli 1873 ist für das bisherige Thalerwahrungsgebiet an Stelle der Silberwahrung die Goldwährung getreten und das Thalerstuck zu einer Anweisung auf Goldmünze geworden. Danach ist die Tilgung der auf Währung des Thalerwahrungsgebietes kontrahierten Schuld durch Zahlung mit Silberwahrung unmöglich. Eine Verpflichtung zur Zahlung in Gold nach der Wertrelation von Gold zu Silber wie 15 $\frac{1}{2}$ zu 1 erachtet die Beklagte nur dann als für sich vorhanden, wenn sie der von dieser Relation ausgehenden Umrechnungsnorm des Art. 14 des Munzgesetzes als einem auch sie in Bezug auf die fraglichen Emissionen bindenden

¹ Sie nahm auf Becker, über die Couponsprozee 10 (Weimar 1881) Bezug.
D. C.

Gesetze unterworfen wäre. Schon diese Auffassung erscheint un-
gründet.

Erachtet man die Schuld, soweit sie auf Zahlung im hiesigen Wahrungsgebiete in hiesiger Währung kontrahiert ist, als nicht schlecht-
hin auf hiesige Währung, sondern auf hiesige Silberwahrung kontra-
hiziert, so würde eine Aufgabe gedachter Währungsbasis, wenn sie als
von solcher Leistung befreiende Unmöglichkeit der Erfüllung zu erachten
wäre, nach den in dieser Beziehung vom gemeinen Recht abweichenden
Bestimmungen sowohl des sterreichischen bürgerl. Gesetzbuches — §. 907 —
wie des preussischen Rechtes — A.L.R. I. 11. §. 33 — wegen der vereitelten
Wahl des Gläubigers diesem das Recht der Auflösung des ganzen
Vertragsverhältnisses gewähren. Allein bei einer Geldschuld kann eine
den Schuldner befreiende Unmöglichkeit der Erfüllung nicht eintreten.
Auch wenn die versprochene Geldleistung in Bezug auf die Geldstücke
besonders qualifiziert ist, bleibt doch der Geldwert der Leistung der
Gegenstand der Obligation, sodaß, wenn auch die Zahlung mit den
besonders qualifizierten Geldstucken unmöglich werden kann, immer doch
der Geldwert des qualifiziert geschuldeten geleistet werden muß. Was
in dieser Beziehung von einem Geldversprechen gilt, welches der
alleinige, ausschließliche Gegenstand einer Geldobligation ist, muß auch
von demjenigen gelten, welches nur eine Alternative einer auf Wahl
des Gläubigers gestellten, mehrere Alternativen umfassenden Geldobli-
gation darstellt. Soll daher die Beklagte dem deutschen Munzgesetze
vom 9. Juli 1873 nicht unterworfen sein, so würde sie in Bezug auf
die gedachte Alternative denjenigen Wirkungen unterworfen sein, welche
eine thatsächliche Änderung der Währungsbasis durch Übergang von
Silberwahrung zur Goldwährung ohne Festsetzung einer Umrechnungs-
norm nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen auf die gedachte Geldschuld
ausübt. Die Beklagte bestreitet dies nach den Ausführungen, welche
in der Revisionsinstanz in Bezug genommen sind, nicht, aber sie meint,
sie brauche danach nur die in den versprochenen Thalern nach deren
gesetzlichem Feingehalt enthaltene Silbermenge, umgesetzt in Goldwährung
nach der jedesmaligen Wertsrelation von Silber zu Gold zur Zeit
der Fälligkeit des einzelnen Zinscoupons, zu gewähren, d. i. den jedes-
maligen Preis der Silbermenge als Ware in Gold. Aber sie hat
nicht eine Silbermenge, nicht für jede 45 Gulden sterreichischer Wäh-
rung ein Zollpfund Silber, sondern 30 Thaler deutsches Währungs-

geld versprochen, also, zunächst einmal zugegeben, Silberwahrung, doch auch und hauptfächlich Silberwahrung. Nicht eine bestimmte Menge Edelmetall, sondern ausgeprägte Münzen mit einer bestimmten, vom Staat festgesetzten Zahlungskraft sind versprochen. So lange das Silber Währung blieb, erhielt der Gläubiger durch das Silber, was ihm zukam, wenn auch der Silberpreis heruntergegangen sein mochte. Indem sich aber die Beklagte, nachdem das gedachte Edelmetall seiner Qualität als Währung im Inlande entkleidet ist, mit jedesmaliger Hingabe gedachter Edelmetallmenge lösen will, bietet sie in Wahrheit statt hiesigen Landesgeldes etwas, was hier nur Ware ist und für das eine Wertsverringerung in der Regel schon gerade aus seiner Aufgabe als Währung innerhalb eines großen Wahrungsgebietes und Ersetzung durch Gold entspringt. Das Angebot der Umsetzung in Währungsgold nach dem jedesmaligen Wertverhältnisse von Silber zu Gold ist dabei, wenn man von den ersparten Pragungskosten abzieht, etwas für den wahren Charakter der gebotenen Leistung ganz unwesentliches und erregt nur den Anschein, als werde in Wahrheit, weil doch Währung geboten werde, das versprochene oder ihm völlig gleichartiges geboten. In der That wird auch die Lösung, nach welcher bei einem Währungswechsel ohne Aufstellung einer Umrechnungsnorm durch den Munzherrn die Relation zwischen Silber und Gold zur Zeit der Fälligkeit der betreffenden Schuld entschiede, allseitig perhorresziert. Ihre abnormen Wirkungen sowohl für den Schuldverkehr des betreffenden Landes im allgemeinen wie insbesondere für ein verzinsliches Anlehen auf lange Dauer, bei dem es dem Gläubiger auf einen festen Zinsgenu ankommt, liegen auf der Hand. Die herrschende, ja man darf wohl sagen, im wesentlichen einmütige Meinung erachtet die Wertrelation zwischen Silber und Gold im freien Verkehr zur Zeit des Wahrungswechsels entscheidend.

Vgl. Kniez, das Geld S. 329 flg. 341; Goldschmidt in der Zeitschr. für Handelsr. Bd. 19 S. 327; f. a. dessen Lehrbuch des Handelsrechts S. 1175, auch 1174; Hartmann, über den rechtlichen Begriff des Geldes S. 83; Windscheid, Pandekten 5. Aufl. Bd. 2 §. 250 S. 31 Note 31.

Übergang von Silber= zur Goldwährung vorausgesetzt, ist Gold nicht zu geben, weil und insoweit man solches für die Silbermenge, die ehemals das betreffende Quantum Wahrungsgeld darstellte, anschaffen,

bezw. für solches die Silbermenge anschaffen kann, sondern, weil Wahrungsgeld versprochen, Gold Wahrungsgeld geworden und daher insofern zu geben ist, als es an Stelle des Silbers Wahrungsgeld geworden ist. Ist aber diese Auffassung die richtige, und war das der Umrechnungsnorm des deutschen Munzgesetzes zu Grunde gelegte Relationsverhaltnis von $15\frac{1}{2} : 1$ das zur Zeit des Wahrungswechsels in Wahrheit nach bestem möglichen Erkennen zutreffende, was Beklagte gar nicht bestreitet, so erscheint die Beklagte zur Zahlung in Gold entsprechend dieser Relation verpflichtet, auch wenn sie der Umrechnungsnorm des Munzgesetzes als einem positiven Gesetzgebungsakte des deutschen Munzherrn nicht unterworfen wäre. Nun mag freilich der letzte innere Grund für die gedachte Maßgeblichkeit des Zeitpunktes des Wahrungswechsels darin beruhen, daß bei einer Geldschuld in Landeswährung trotz Angabe der Münzen in Wahrheit lediglich dasjenige Quantum Wahrungsgeld für versprochen zu erachten ist, welches zur Zeit durch die betreffende Anzahl Münzen dargestellt wurde, sodas der rechtliche Inhalt des Versprechens, wenn auch zur Zeit desselben die Währung in Silber bestand, nicht sowohl auf Silberwahrung, als überhaupt auf Währung gerichtet ist. Aber dieser Grund versagt auch bei den Emissionen der Beklagten nicht, denn während sich die Hervorhebung der Währung als Silberwahrung allein bei Angabe des Betrages in österreichischem Gelde, und zwar dort in der Absicht, die Zahlbarkeit in Papierwährung auszuschließen, findet, ist bei den anderen Währungen eine Hinzufügung, welche irgendwie zum klaren Ausdrucke brächte, daß nur in Silber zuruzahlen wäre, nicht gemacht. Gedachter Grund möchte versagen, wenn das Versprechen der Beklagten auf Zahlung von Vereinsthalern, zu leisten in Wien, erfolgt wäre (vgl. Hasenöhrl, österr. Obligationenrecht Bd. 1 S. 243 Note 39 und S. 235). Allein es ist Zahlung in Thalerwahrung im Thalerwahrungsgebiete versprochen. Es erscheint unzutreffend, die rechtlichen Wirkungen, welche einem Versprechen der Zahlung in Vereinsthalern und im Gebiete der Thalerwahrung an sich zukommen, von den unterstellten Motiven bloßer Normierung eines festen Kurses an Stelle eines schwankenden und Vermeidung der Sendung der Coupons zur Einlösung nach Wien herabzumindern. Zudem muß die Beschränkung auf diese Motive bestritten werden. Einer erfolgreichen Bewerbung um deutsches Kapital stand auf seiten dieses Kapitals insbesondere ein

Mißtrauen gegen die österreichische Wahrungsgesetzgebung entgegen. Es war in den deutschen Wahrungsgebieten ausreichend bekannt, daß in Österreich uneinlosliche Staatsnoten Zwangskurs hatten und das alleinige allgemeine Zahlungsmittel bildeten. Die Befürchtung lag daher nicht ganz fern, es möchten für die Rückzahlung von Anleihen in Österreich, auch wenn sie ausdrücklich in Silber oder in ausländischer Währung versprochen, doch unter Umständen solche Noten von der dortigen Gesetzgebung zum gesetzlichen Zwangsmittel zu einem Zwangskurs erklärt werden. (Vgl. über die österreichische Wahrungsgesetzgebung Hafensohrl a. a. O. S. 223 flg.) Von Belang war es daher, im Publikum den Eindruck hervorzurufen, daß ein nach Wahl des Gläubigers auswärts domiziliertes Papier geschaffen sei, welches damit der Möglichkeit rechtlicher Herrschaft der österreichischen Wahrungsgesetzgebung entzogen sei. Daß für die Beklagte als Ausländerin nicht diejenigen Ausgleichungen eintreten, die beim Währungswechsel im Inlande für den Inländer dadurch eintreten, daß er auch die ihm als Gläubiger gebührenden Zahlungen in der neuen Währung erhält, kann kein rechtliches Moment gegen die Anwendung der an sich zutreffenden Grundsätze abgeben. Den Mangel der Voraussicht dieser Konsequenzen hat die Beklagte zu tragen, welche bei den zur Zeit der fraglichen Emissionen bereits in Deutschland stark hervorgetretenen Tendenzen zum Übergange zur Goldwährung (vgl. Soetbeer, deutsche Munzverfassung S. 8 flg.) ausreichende Veranlassung hatte, solche Eventualität für ihre behufs der Tilgung einen sich beträchtlich in das nächste Jahrhundert hinein erstreckenden Zeitraum in Anspruch nehmenden Anleihen in Berechnung zu ziehen.

Es muß aber auch dabei verblieben werden, daß die Beklagte für die gedachten Emissionen dem Art. 14 des deutschen Munzgesetzes als einer Rechtsnorm des maßgebenden Erfullungsortsrechtes in Bezug auf die Art der Erfüllung unterworfen ist. Mangels eines geschriebenen Gesetzes über die Lösung der Kollision bei in Frage stehenden verschiedenen örtlichen Rechten und mangels der Möglichkeit, mittels logischer Folgerungen aus einem abstrakten Rechtsanwendungsprinzipie zu einem Ergebnisse zu gelangen, bleibt nur übrig, soweit nicht ein zwingendes Gesetz am Orte des urteilenden Richters die Anwendung eines bestimmten Rechtes erheischt, zunächst mittels freierster Interpretation unter Ergänzung eines mangelhaften Parteiwillens im Sinne

des vernunftigen und billigen einen auf das Recht eines bestimmten Territoriums gerichteten Unterwerfungswillen zu ermitteln und beim Mangel erschöpfender konkreter Anhaltspunkte hierfür auf Grund objektiver Kriterien in betreff des in einer Obligation vorwiegend bedeutsamen das Territorium für maßgebend zu erachten, in welchem die Obligation ihre wesentliche Wirkung äußert. Ob man in diesem letzten Falle noch auf einen stillschweigenden oder präsumptiven Unterwerfungswillen zu rekurrieren oder eine objektive aus der Natur der Sache sich ergebende Rechtsnorm anzunehmen hat, kann hier dahingestellt bleiben. Ebenso kann hier dahingestellt bleiben, ob der Erfüllung als dem Zwecke der Obligation vorwiegende Bedeutsamkeit in dem Umfange mit Recht beizumessen ist, welchen ihr von Savigny (System Bd. 8 S. 208) für das auf die Obligation anzuwendende Ortsrecht zuerkennt. In Deutschland stehen Gesetzgebung, Doktrin und Praxis immer noch weit überwiegend auf dem Standpunkte der subsidiären Maßgeblichkeit des Erfullungsortsrechtes überhaupt.

Vgl. §. 11 des bürgerlichen Gesetzbuches für das Königreich Sachsen; §§. 1. 2 der bayerischen Verordnung vom 11. Juni 1816 (Roth, bayerisches Zivilrecht Bd. 1 S. 142 Note 68); Unger, österreichisches Privatrecht Bd. 1 S. 179. 180; Gerber, deutsches Privatrecht §. 32; Koch, Kommentar zum preuiischen Allgemeinen Landrecht Bd. 1 Einleitung §. 33 Note 44; Förster, preuiisches Privatrecht Bd. 1 §. 21 S. 57; Dernburg, preuiisches Privatrecht Bd. 1 §. 28 S. 52; Roth, System des deutschen Rechts Bd. 1 §. 51 S. 297; Seuffert, Archiv Bd. 7 Nr. 136 (Oberappellationsgericht Berlin), Bd. 8 Nr. 3, Bd. 15 Nr. 183, Bd. 24 Nr. 268 (Lübeck), Bd. 19 Nr. 5, Bd. 24 Nr. 185 (Rostock), Bd. 21 Nr. 2 (Wolfenbittel).

Uer auch wenn man der Erfüllung die ausschließliche oder überwiegende Bedeutsamkeit für die Obligation versagt, weil die ökonomische Basis mehr in dem Schuldbestande und der Befastung des Schuldners mit der Verpflichtung beruhe, so läßt sich doch die Bedeutsamkeit der Erfüllung in einer ganzen Reihe von Beziehungen nicht leugnen.

In der auerdeutschen Doktrin, betreffend das internationale Privatrecht, wird daher, obwohl dem Erfullungsortsrechte überwiegend eine beherrschende Geltung nicht beigemessen wird, zwischen Inhalt und Umfang der Obligation im allgemeinen einerseits und andererseits

allem, was deren Ausführung betrifft, geschieden und für letzteres, worunter die Formen für Lieferung und Zahlung, das Maß, die Münze, die Quittungsverbindlichkeit, der Vorzug und seine Wirkungen begriffen werden, das Erfullungsortsrecht als maßgebend erachtet.

Vgl. Fiore, droit international prive, traduit par Pradier-Fodéré S. 403 ff. 425. 443 und dortige Citate; Affer, das internationale Privatrecht, bearbeitet von Cohn, S. 41; Wheaton, treatise of the conflict of laws 1872 §. 401 No. p.; Foote, foreign and domestic law 1878 S. 339. 369.

Die Wirksamkeit des Erfullungsortsrechtes jedenfalls in diesem beschränkteren Umfange ergibt sich auch aus dem preussischen A.L.R. I. 5. §§. 256. 257, vgl. österr. bürgerl. Gesetzbuch §. 905 und den Artt. 327. 336. 352. 353 G.G.B. Ist davon auszugehen, daß die Kontrahenten in Bezug auf die nicht ausdrücklich festgesetzten wesentlichen Modalitäten der Erfüllung die tatsächlichen Verhältnisse des Erfüllungsortes vor Augen haben, so ist es ebenso angezeigt, daß sie in Bezug auf dieselben auch das Recht des Erfüllungsortes vor Augen haben. Nach all diesem erscheint es gerechtfertigt, das Erfullungsortsrecht für die Ausführung der Erfüllung und ihre Art jedenfalls dann für maßgeblich zu erachten, wenn, wie hier, der Erfüllungsort gerade in Rückficht auf die an demselben herrschenden Verhältnisse und speziell, um dem Gläubiger einen ökonomischen Wert von einer bestimmten Geltung an diesem Orte zu gewähren, bestimmt, bzw. zur Wahl gestellt ist (vgl. Windscheid a. a. O. Bd. 1 S. 88; Dernburg, preuss. Privatrecht 3. Aufl. Bd. 2 S. 75 Note 10; Mommsen im Archiv für civilistische Praxis Bd. 61 S. 176). Die Bestreitung der Anwendbarkeit des inländischen Erfullungsortsrechtes auf den Ausländer mangels seines Unterwerfungswillens, sofern nicht der inländische Staat irgend welche zwingende Gewalt über den Ausländer hat, setzt zunächst, um überhaupt beachtet werden zu können, voraus, daß nicht eben in der Wahl des bestimmten Erfüllungsortes die Bekundung des Unterwerfungswillens liege, daß es also das Gebiet der Willensinterpretation überschreite, dasjenige, was vernunftige und billige Leute bei solcher Wahl meist wollten, auch im speziellen Falle als gewollt anzunehmen, sofern ein anderer Wille nicht erkennbar wäre. Aber auch abgesehen hiervon entbehrt die Aufstellung des Erfordernisses einer zwingenden Gewalt über den Ausländer für die Geltung des in-

ländischen Erfullungsortsrechtes mit den Wirkungen der Anwendbarkeit oder Nichtanwendbarkeit des betreffenden Rechtes, je nachdem sich im Inlande Vermögen des Schuldners findet und festgehalten werden kann oder nicht, insbesondere unter einer Gesetzgebung, welche den Gerichtsstand des Erfüllungsortes ohne Einschränkung anerkennt, des Inhalts. Ebenfowenig ist zuzugeben, daß nur für jede einzelne in Betracht kommende Rechtswirkung das maßgebende örtliche Recht unter dem Gesichtspunkte der Aquitat der Anwendung des dem einen oder anderen Rechte angehörigen Rechtsfalles zu bestimmen wäre. Dies ließe darauf hinaus, jede einzelne Rechtswirkung, wenn sie in Frage kommt, davon abhängig zu machen, ob sie wirklich gewollt ist, oder doch, wenn vorhergesehen, vermutlich gewollt worden wäre. Beim Rechtsgeschäfte wird aber nicht eine Summe von Rechtswirkungen zum Willensinhalt gemacht, sondern es besteht dasselbe in einer Handlung, deren Wirkungen durch die objektive Rechtsordnung — mögen es auch im Hinblick auf scheidbare Wirkungsrichtungen mehrere objektive Rechtsordnungen sein — bestimmt werden.

Bei der Anwendung des inländischen Rechtes auf den Ausländer, entsprechend den gedachten Grundsätzen, ist allerdings einer Ausgleichung vom Standpunkte der Aquitat nicht jede Berechtigung zu versagen, insbesondere wenn es sich um die Anwendung einer erst nach Eingehung der Obligation entstandenen Rechtsnorm des Inlandes handelt. Allein solche Aquitat erscheint noch nicht dadurch verletzt, daß die Währungsänderung und die Aufstellung einer festen Umrechnungsnorm auf einem sich auf die eigenen Staatsgrenzen beschränkenden Interesse beruht. Dies wird in betreff jeder positiven Rechtsordnung eines Staates zutreffen. Um eine Korrektur der allgemeinen Grundsätze im Sinne einer rechtlich beachtlichen Aquitat hervorzurufen, wäre erforderlich, daß die Rechtsnorm auf einer Hervorkehrung eines egoistischen Staatsinteresses auf Kosten des betreffenden Auslandes oder gegenüber demselben, oder auf einer vom Standpunkte eines idealen Gesetzgebers nicht zu rechtfertigenden reinen Willkür beruhe. Davon ist aber nicht die Rede. Es kann endlich dahingestellt bleiben, ob durch die gedachte Umrechnungsnorm der Inhalt der bereits bestandenen Geldschulden geandert¹ oder nur ein anderes Zahlmittel mit normierter Zahlkraft

¹ So Frankl., Zur Frage der Goldbeinlosung v. Prag 1880 S. 17.

eingeführt ist, ob überhaupt begrifflich zwischen diesen beiden Wirkungen ein Unterschied ist. Selbst wenn man in der betreffenden Norm eine Norm für den Inhalt der Geldschulden sieht, so handelt es sich doch immer um eine Beeinflussung des Verpflichtungsumfanges, die lediglich auf der Veränderung des Geldwesens des Erfüllungsortes beruht. Auch wenn die Obligation nicht in jeder Beziehung dem Erfüllungsortsrechte unterworfen ist, so erscheint doch dessen Anwendung in Bezug auf die Erfüllungsart nicht dadurch ausgeschlossen, daß von derselben der Verpflichtungsumfang berührt wird. Die in den §§. 256. 257 I. 5 A.L.R. und den Artt. 327. 336. 352. 353 H.G.B. für maßgebend erachteten Verhältnisse des Erfüllungsortes berühren sämtlich den Verpflichtungsumfang.“